

Juni 2026

## **Position des Jungen Wirtschaftsrats zur Debatte um die Elterngeldkürzungen**

Die aktuellen Überlegungen zu Kürzungen beim Elterngeld sind aus Sicht des Jungen Wirtschaftsrates der CDU ein fatales Signal an junge Familien, Leistungsträger und die junge Generation insgesamt. Gerade in einer Phase, in der junge Menschen durch steigende Lebenshaltungskosten, hohe Abgaben, unsichere wirtschaftliche Perspektiven, geringe Eigentumsperspektiven und wachsende Zukunftslasten ohnehin unter erheblichem Druck stehen, darf die Politik nicht ausgerechnet bei der Gründung und Stabilisierung von Familien sparen. Das Elterngeld ist keine beliebige Sozialleistung. Es ist ein zentrales Instrument, um Familien in der sensiblen Phase nach der Geburt eines Kindes zu unterstützen.

*„Je mehr wir bei der jungen, leistungsbereiten Generation sparen, desto negativer wirkt sich das in Zukunft für Deutschland aus,“* führt Ferdinand Herfeldt, Bundesvorsitzender des Jungen Wirtschaftsrates aus. *„Junge Familien tragen bereits steigende Lebenshaltungskosten und schlechter werdende Rahmenbedingungen. Das Elterngeld stabilisiert Erwerbsbiografien und schafft Planungssicherheit für junge Eltern und Arbeitgeber gleichermaßen. Eine Kürzung wäre der nächste Tiefschlag für die junge Generation.“*

## **Die junge Generation darf nicht erneut zur Ausgleichsmasse werden und die Koalition muss in der Lebensrealität junger Menschen ankommen**

Die Koalition scheint bei ihren haushaltlichen Konsolidierungsbemühungen vor allem dort anzusetzen, wo die Lasten zeitversetzt sichtbar werden: bei der jungen Generation, bei Familien und damit bei der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Das muss ein Ende haben!

Die Debatte um die Elterngeldkürzungen zeigt einmal mehr, dass die Koalition die Lebensrealität junger Menschen verkennt: Bereits das Sondervermögen und die neue Schuldenaufnahme werden künftige Generationen erheblich belasten. Junge Menschen werden diese Entscheidungen über Jahrzehnte mit höheren Zinslasten, eingeschränkten finanzpolitischen Spielräumen und wachsendem Reformdruck bezahlen. Wenn nun zusätzlich bei der finanziellen Basis junger Familien gekürzt werden soll, verschiebt die Koalition die Lasten erneut einseitig auf diejenigen, die Deutschlands Zukunft tragen sollen.

Eine generationengerechte Politik darf nicht neue Schulden beschließen und gleichzeitig jungen Familien Unterstützung entziehen.

Besonders problematisch ist, dass Kürzungen beim Elterngeld im klaren Spannungsverhältnis zu den Ankündigungen des Koalitionsvertrags stehen. Dort ist vorgesehen, das Elterngeld weiterzuentwickeln, mehr Partnerschaftlichkeit zu fördern, höhere Lohnersatzraten zu prüfen sowie Einkommensgrenze, Mindest- und Höchstbetrag spürbar anzuheben.

Statt über Kürzungen zu sprechen, müsste die Koalition ihre eigenen Zusagen umsetzen. Familien brauchen Verlässlichkeit. Wer im Koalitionsvertrag Stärkung verspricht und in der Haushaltsrealität Kürzungen diskutiert, verspielt bei jungen Menschen noch einmal Vertrauen.

### **1. Keine Kürzungen beim Elterngeld**

Der Junge Wirtschaftsrat lehnt Kürzungen beim Elterngeld klar ab. Weder Bezugsdauer noch Leistungshöhe noch Lohnersatzrate dürfen zulasten junger Familien verschlechtert werden.

### **2. Verlässlichkeit für junge Familien schaffen**

Familiengründung braucht Planbarkeit. Änderungen beim Elterngeld dürfen nicht kurzfristig, nicht rückwirkend und nicht zulasten bereits geplanter Familienentscheidungen erfolgen.

### **3. Koalitionsvertrag einhalten**

Die Koalition muss ihre Zusagen ernst nehmen: Das Elterngeld sollte weiterentwickelt, nicht ausgehöhlt werden. Dazu gehören eine bessere Partnerschaftlichkeit, eine faire Lohnersatzlogik und eine Anpassung von Mindest- und Höchstbetrag an die wirtschaftliche Realität der Gegenwart.

### **4. Generationengerecht konsolidieren**

Haushaltskonsolidierung darf nicht einseitig auf Kosten der jungen Generation erfolgen. Statt junge Menschen zu belasten, braucht es eine konsequente Priorisierung im Bundeshaushalt, den Abbau ineffizienter Ausgaben und echte Strukturreformen.

### **5. Familienpolitik als Standortpolitik begreifen**

Familienfreundlichkeit ist ein Standortfaktor. Wer Fachkräfte gewinnen, Erwerbsbeteiligung sichern und Leistungsträger im Land halten will, muss Familien stärken. Das Elterngeld ist dabei ein zentraler Baustein.